Christof Dipper

Die Reichsritterschaft in napoleonischer Zeit

Aus dem Blickwinkel des zwanzigsten präsentiert sich das 19. Jahrhundert als eine Zeit, in der sich der Adel noch einmal ungestört dem Genuß seines Besitzes hingeben und in den wichtigsten staatlichen Ämterlaufbahnen eine privilegierte Karriere absolvieren konnte. Schon die bloße „Pseudodemokratisierung“ reichte offenbar zur Bewahrung seiner Vorrangstellung aus, in der Bauernbefreiung zählten zumindest im ostelbischen Preußen, von Mecklenburg nicht zu reden, die Gutsherren zu den eindeutigen Gewinnern des Ablösungsgeschäftes, und noch im Deutschland der industriellen Revolution gaben die Agrar-eliten weithin den Ton an.

So richtig diese Einschätzungen sind – die Betroffenen selbst sahen ihre Lage durchaus anders. Bei allem Fehlen einer Geschichte des Adels im 19. Jahrhundert läßt sich doch anhand vieler Selbstzeugnisse mit Sicherheit sagen, daß im ganzen letzten Jahrhundert der Adel mit Wehmut an seine vergangene Größe zurückdachte, in der er als autonomer Herrenstand handeln konnte, während er nun von den Konjunkturen des politischen Systems abhing und sich bestenfalls in der Lage desjenigen sah, der gewissermaßen noch einmal davon gekommen war.

Das Bild, das der Adel damit von seiner eigenen Vergangenheit entwarf, war fraglos geschönt, die Perspektive des 20. Jahrhunderts verzeichnet stellenweise die Wirklichkeit allerdings nicht minder. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Wandel stattgefunden hatte, und es ist bezeichnend für die Mentalität jenes Standes, daß er aus der Defensive, in die er sich gedrängt sah, das Neue negativ empfunden und es abzuwehren versucht hat. Nicht seit 1789, wohl aber seit Beginn der Revolutionskriege war den meisten bewußt geworden, daß (wie es der Freiherr von Gemmingen als ritterschaftlicher Deputierter bei den Rastatter Friedensverhandlungen formuliert hat) „der Genius dieser Zeiten den Adel zu Boden drückt“ und daß gerade durch die Landesherren mit ihrer Haltung in der Entschädigungsfrage nun auch noch „das Maß des Unglücks vollgemacht werde“¹. Worin dieser „Genius der Zeit“ bestehe, das hat wenig später der ehemalige Lehrer der Brandenburgischen Ritterakademie, Friedrich Buchholz, in aller Deutlichkeit formuliert: wo jedermann einsehen müsse, „daß es im 19. Jahrhundert zur Behauptung seines Standorts in der Gesellschaft eines Grades der Intelligenz bedarf, welcher nur unter großen Anstrengungen erworben werden kann“,

¹ Promemoria des Herrn reichsritterschaftlichen Ablegati an die Reichsfriedensdeputation, 16.2.1798, in: Protocoll der Reichs-Friedens-Deputation zu Rastatt, hrsg. v. *Heinrich Freiherr Münch von Bellinghausen*, Bd.4, (Rastatt 1800) 346.

stütze der Adel „seine Achtungswürdigkeit auf das Altertum seiner Privilegien, als ob es auf Reliquienverehrung ankäme“; aber niemand habe die Pflicht, „ihn auf Kosten der ganzen Gesellschaft aufrechtzuerhalten“, und niemand sei gehalten, „ihn gegen jedes Schicksal zu verteidigen, das der Weltgeist ihm bereiten könnte“². Was Buchholz hier als „sinnlose Anmaßung“³ gegenüber dem „Weltgeist“ brandmarkte, war – soziologisch betrachtet – nichts anderes als der Versuch des Adels, den Übergang vom autonomen Herren- zum staatlich legitimierten Gesellschaftsstand abzuwehren.

Dieser Reaktion gilt der vorliegende Aufsatz. Er wird nicht mehr sein können als ein erster Versuch, denn die Forschung hat sich bisher mit dem Adel in der Neuzeit insgesamt wenig befaßt;⁴ so gut wie gar nicht aber ist sie der Frage nachgegangen, wie er sich der hier angesprochenen, gleichsam „von oben“ verordneten Modernisierung gestellt hat, die trotz ihrer begrenzten Ziele als fundamentale Herausforderung empfunden wurde. Im folgenden soll zunächst die Ausgangslage am Ende des 18. Jahrhunderts betrachtet werden (I), um dann den Blick auf die Reaktion der Reichsritterschaft und die von ihr erzielten Ergebnisse zu lenken (II) und schließlich einige nicht unwichtig erscheinende Wirkungen zu skizzieren (III).

I

Die Auffächerung des Standesbegriffs in seine politisch-herrschaftlichen und wirtschaftlich-sozialen Bestandteile beschränkte sich natürlich nicht auf jene zwanzig Jahre zwischen der Besetzung des Rheinlands durch die Franzosen und dem Wiener Kongreß. Aber in dieser kurzen Zeit beschleunigte und verdichtete sich jener langfristige Vorgang durch Säkularisation und Mediatisierung in einem bislang nicht dagewesenen Ausmaß. Allerdings gilt es zu differenzieren, denn von den Ereignissen wurden nicht alle Betroffenen in derselben Weise erfaßt, da der Adel im alten Deutschen Reich keine einheitliche Gruppe bildete. Mehrere Unterscheidungsmöglichkeiten bieten sich hier an. Nach strengen reichsverfassungsrechtlichen Kategorien wäre nur zwischen hohem und niederem Adel zu unterscheiden: „der hohe Adel ist Regent ...; der niedere Adel hingegen, er mag landsässig oder reichsunmittelbar sein, nur Güterbesitzer. Jener hat ein Territorium, dieser nur ein Rittergut.“⁵

Unter sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten erweist sich jedoch diese Zweiteilung zwischen Reichsfürstenstand und niederem Adel als unzureichend. Auch die Gruppierung nach Titeln hilft am Ende des 18. Jahrhunderts nicht weiter, nicht einmal für

² [Friedrich Buchholz], Untersuchungen über den Geburtsadel und die Möglichkeit seiner Fortdauer im 19. Jahrhundert, (Berlin 1807) 353.

³ Ebda 354.

⁴ Ein neuerer Literaturbericht, der die Dürftigkeit des Forschungsstandes durch strukturierende Referierung und eigene Interpretationsvorschläge nobel kaschiert, stammt von Karl-Georg Faber, Mitteleuropäischer Adel im Wandel der Neuzeit, in: GG 7 (1981) 276–296.

⁵ Friedrich Georg August Schmidt, Beiträge zur Geschichte des Adels und zur Kenntniß der gegenwärtigen Verfassung desselben in Teutschland, (Braunschweig 1794) § 33.

die Abgrenzung zwischen Hoch- und Niederadel, und innerhalb des letzteren bleibt je nach Fragestellung sogar die Unterscheidung zwischen landsässigem Adel und Reichsritterschaft unzureichend. Nimmt man aber Funktionen jenseits der patrimonialem Herrschaftsrechte, also politischen Einfluß und Chancen in der Ämterlaufbahn der großen Territorien, ferner Besitz und vor allem Konnubium als Unterscheidungsmerkmale, so heben sich innerhalb des Niederadels alsbald zwei Gruppen voneinander deutlich ab, von denen die eine die sogenannte Stiftsfähigkeit besaß, das heißt den Zugang zu den 26 deutschen Domstiftern, zum Deutschen Orden und zu den exklusiven Ritter- und Fräuleinstiftern, die andere hingegen nicht. Naturgemäß schwankt die Zahl der stiftsfähigen Familien je nach dem Schwierigkeitsgrad der Ahnenprobe und ist deshalb niemals genau anzugeben, aber nach objektiven und subjektiven Merkmalen bildeten sie eine geschlossene, durch Prestige, Reichtum und Einfluß abgehobene Schicht, die trotz ihrer vergleichsweise geringen Zahl ihre Position bis zuletzt erfolgreich verteidigen konnte⁶.

Der nicht stiftsfähige Adel, und das waren an der Jahrhundertwende wahrscheinlich ca. 90 Prozent aller niederadeligen Familien katholischen Bekenntnisses – die Konfessionsverschiedenheit soll hier aber in der Folge außer Betracht bleiben –, war nur durch eine schmale, bisweilen sehr dünne Scheidewand von der bürgerlichen und beamteten Oberschicht getrennt⁷.

Aus pragmatischen Gründen seien für die folgende Untersuchung die Angehörigen der Reichsritterschaft herausgegriffen, weil sie eine überschaubare Gruppe von ca. 350 Familien⁸ am Ende des Reichs bildeten, von denen der größere Teil, soweit er katholisch war, die Stiftsfähigkeit besaß. Dank seiner bemerkenswerten Durchsetzungskraft genoß der sogenannte Reichsadel ein Maß an politischem Einfluß, das weit über seine reichsverfassungsrechtlich definierte Stellung hinausging. Auch die gesellschaftliche Geltung erreichte, namentlich im Zuge der Wiederbelebung des Ritterideals unter frühromantischen Vorzeichen, bemerkenswerte Dimensionen. So ist gerade die Reichsritterschaft ein anschauliches Beispiel dafür, wie wenig die politische oder soziale Position im Alten Reich von der Wirtschaftskraft des einzelnen oder seines Standes abhing. Denn Einfluß und Macht dieser Minderheit standen in deutlichem Widerspruch zur wirtschaftlichen Lage, in der sich ein großer Teil der immatrikulierten Rit-

⁶ „Der hohe stiftsfähige Adel lebt, wie sich das denken läßt, bloß unter sich“, berichtete Forster schon gleich nach seiner Ankunft in Mainz seiner Frau nach Hause; *Georg Forster, Werke*, Bd. 4, (Frankfurt 1970) 515 (Brief vom 13. 4. 1788). Die zur rheinischen und fränkischen Ritterschaft gehörende Familie Greiffenklau ließ 1788 Friedrich von Greiffenklau durch ein Reichskammergerichtsurteil wegen nicht-standesgemäßer Heirat mit der Tochter des Mainzer Kirchenrechtslehrers Reichsfreiherrn von Horix aller Erbensprüche verlustig gehen, um die Stiftsfähigkeit der übrigen Familienmitglieder nicht zu gefährden; *Johann Michael Seuffert, Versuch einer Geschichte des deutschen Adels in den hohen Erz- und Domstiftern*, (Frankfurt 1790) 229. Zu den ähnlich gelagerten, allerdings kollektiv ausgetragenen Streitigkeiten zwischen Stiftsadel und Erbmannfamilien in Münster vgl. *Heinz Reif, Westfälischer Adel 1770–1860*, (Göttingen 1979) 44f.

⁷ Dazu *Karl Siegfried Bader, Zur Lage und Haltung des schwäbischen Adels am Ende des Alten Reiches*, in: *Zeitschr. f. württ. Landesgesch.* 5 (1941) 343.

⁸ Diese Zahl nennt *Heinrich Müller, Der letzte Kampf der Reichsritterschaft um ihre Selbständigkeit*, (Berlin 1910) 16, für die Wende zum 19. Jahrhundert.

tergenossen am Ende des 18. Jahrhunderts befand. Obwohl die ca. 1500 Güter dank der auf ihnen haftenden sogenannten Landesherrlichkeit neben den üblichen grundherrlichen Einnahmen auch namhafte Regalien und Steuern eintrugen und daher im allgemeinen doppelt so teuer waren wie vergleichbare andere, das heißt landsässige Besitzungen, handelte es sich beim Reichsadel um einen verarmenden Stand, in dem „proletaroiden ritterschaftliche Existenzen“⁹ keineswegs selten waren. Archaische Wirtschaftsgesinnung, patriarchalischer Dilettantismus sowie der säkulare Abwärtstrend des Gegenwertes grundherrschaftlicher Leistungen führten dazu, daß Zwangsadministration, Sequester, Vergleiche und Konkurse schließlich einen großen Teil der täglichen Arbeit in den Ritterkanzleien einnahmen.

Eigennutz und Kurzsichtigkeit verhinderten überdies, daß sich die vernünftigen Reformvorschläge durchsetzten, die 1791 der Generaldirektor aller drei Kreise, Freiherr Reinhard von Gemmingen, formulierte, und lieber reduzierte man die Ahnenprobe für neu aufzunehmende kapitalkräftige Bewerber von 16 auf 8 und sogar vier adelige Vorfahren¹⁰ (als Konsequenz suchte man den Zutritt zu den Domkapiteln und Ritterstiftern zu erschweren) und setzte beim Reichshofrat eine Verschärfung des Retrakts durch, um – vergebens – den Aufkauf bankrotter Güter zu verhindern, als daß man zeitgemäße Wege wirtschaftlicher Rationalisierung beschritt.

Daß sich angesichts dieser maroden Lage, die natürlich kein Geheimnis blieb, die Reichsritter gegenüber den Zugriffsversuchen vieler Reichsstände überhaupt so lange, das heißt bis 1804/05 halten konnten, verdankten sie neben der Politik des Kaisers, die freilich immer zwiespältig blieb, in allererster Linie der Reichskirche. Diese Institution, bestehend aus 26 Erz- und -bistümern und 44 Reichsabteien, zu denen man getrost auch den Deutschen Orden zählen darf, besaß keine eigentlich seelsorgerischen, dafür aber um so wichtigere politische und finanzielle Funktionen. Denn mit 1753 Quadratmeilen und 3,226 Millionen Einwohnern herrschten sie am Ende des 18. Jahrhunderts über ca. 14,8% der Fläche und ca. 11,4% der Einwohner Deutschlands¹¹. Aber dies war nicht das einzige: sie hatte einige der einflußreichsten politischen Ämter, allen voran das des Erzkanzlers, und eine stattliche Anzahl von Pfründen, allesamt überdurchschnittlich ausgestattet, zu vergeben. Diese Pfründen waren seit einem Breve Alexanders VI. vom Jahr 1500 dem deutschen Adel insgesamt vorbehalten (damit war die ständische Qualität anstelle der kirchenrechtlich vorgeschriebenen beruflichen Qualifikation getreten), und wenn in dem nun folgenden Machtkampf der niedere Adel den Sieg davon getragen hatte, so waren allerdings die bestdotierten und wichtigsten Pfründen an die Reichsritterschaft gegangen: im Stichjahr 1794 hielten 87 Familien 37% der Bischofssitze, 42% der 531 in Frage kommenden Domherrenpfründen (41 waren damals vakant, 28 den Protestanten vorbehalten und 12 befan-

⁹ Gert Kollmer, *Die schwäbische Reichsritterschaft zwischen Westfälischem Frieden und Reichsdeputationshauptschluß*, (Stuttgart 1979) 243. Vgl. auch Rudolf Endres, *Die wirtschaftlichen Grundlagen des niederen Adels in der frühen Neuzeit*, in: *Jahrb. f. fränk. Landesforschung* 36 (1976) 215–237.

¹⁰ Müller, Kampf 26.

¹¹ Dies sind natürlich nur ungefähre Werte, da die statistischen Quellen keine exakten Angaben machen; siehe etwa Johann Ludwig Klüber, *Übersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses*, (Erlangen 1816) 404.

den sich in der Hand bürgerlicher Theologen)¹² und 55% der Landkomture in den 8 katholischen Balleien des Deutschen Ordens¹³. Die Gründe für diese energische Standespolitik liegen auf der Hand: mit Hilfe dieser Schlüsselstellungen, von denen vielfach mehrere in einer Person vereinigt waren¹⁴ und zu denen noch weitere dem Adelsklerus vorbehaltene Stiftspründen sowie die wichtigsten weltlichen Ämter in den geistlichen Staaten, darunter vor allem die Sinekuren der Hof- und Oberamtsstellen hinzuzukommen pflegten, ließ sich im Wege von Protektion und Nepotismus die eigene Familie erhalten, ihre bedrohte wirtschaftliche Lage unter Umständen sogar sanieren¹⁵. Mit der Wahl zum Bischof erlangte ein Ritter überdies die Position eines Reichsfürsten und damit die Möglichkeit, auf politischem Wege bzw. als entgegenkommender Lehensherr den ganzen Stand zu stützen und zu stärken¹⁶.

Die Reichsritterschaft war hierin im 18. Jahrhundert so erfolgreich, daß einzelne Reichsfürsten sich nicht nur beim Kaiser unablässig beschwerten, sondern sich mehrfach in regelrechten Unionen gegen den Reichsadel zusammenschlossen¹⁷. Den letzten Vorstoß unternahm im Jahr 1793 ein hoher Berater mehrerer hessischer Fürstengeschlechter, der „die Verdrängung jenes hohen Adels von den wichtigsten reichskonstitutionsmäßig nur ihm gehörenden Posten am deutschen Staatsruder“ beklagte und dies zutreffend auf „die ausschließende Anmaßung der Präbenden der meisten Erz- und Hochstifter für Mitglieder bloß ritterschaftlichen Adels“ zurückführte, was „die Ritterschaften im Gewichte über reichsgräflichen Adel erhub“¹⁸. Als Gegenwert schlug der Rechtsgelehrte in seiner preisgekrönten Schrift einen fürstlichen Geheimbund vor, der neben sorgfältigeren Heiraten eine einvernehmliche Haltung in Regensburg und eine entschiedeneren Personalpolitik in den Domkapiteln zu betreiben habe

¹² Errechnet nach den leider nicht in allen Fällen exakten Angaben (besonders was die Unterscheidung der Domkapitulare von den Domizellaren betrifft) von *Eduard Vehse*, Geschichte der kleinen deutschen Höfe. Die geistlichen Höfe, 4 Bde., (Geschichte der deutschen Höfe seit der Reformation 45–48, Hamburg 1859/60). Soweit möglich, wurden die Namen mit Hilfe der Hof- und Staatskalender überprüft. Die Angehörigen der Reichsritterschaft ließen sich an Hand der Matrikel feststellen, für deren Fundorte einfachheitshalber auf *Müller, Kampf* 17 f. verwiesen sei.

¹³ Errechnet nach *Vehse*, ebda, sowie dem Aufsatz: Beiträge zur Kenntniß des deutschen Ritterordens und zur Statistik des Hoch- und Teutschmeisterthums in Franken, in: Häberlins Staatsarchiv 9 (1802) 143–157.

¹⁴ Spitzenreiter war im Stichjahr Karl Theodor Reichsfreiherr von Dalberg mit vier Dompfründen (Mainz, Worms, Würzburg und Konstanz) und zwei Koadjutorien (Mainz und Konstanz). Die Dalbergs stellten damals auch den Vizehauptmann und ein Ratsmitglied im Ritterkanton Oberrhein, doch sind im übrigen diejenigen Familien mit den meisten in einer Person vereinigten Pfründen nicht mit dem politischen Führungspersonal in den Ritterkantonen identisch; die Angaben zu letzterem bei *Karl Lang*, Historischer Almanach für den deutschen Adel und für die Freunde der Geschichte desselben, Bd. 2, (Frankfurt 1793) 114 ff.

¹⁵ Beispiele dazu bei *Endres*, Grundlagen 235 ff.

¹⁶ Daß „die Bischöfe und Domkapitel mehr das [Interesse] ihrer Familien als das ihrer Länder vor Augen haben“, stellte Hardenberg in seinem Generalbericht an den preußischen König von 1797 fest; zit. *Hanns Hubert Hofmann*, Adelige Herrschaft und souveräner Staat, (München 1962) 174.

¹⁷ Dazu *Müller, Kampf* 36 f.

¹⁸ *Johann Christian Ludwig Fresenius*, Über die Ursachen des Herabsinkens und Mittel zum Emporheben der Fürstlich-Reichsgräflichen Häuser Teutschlands, in: Häberlins Staatsarchiv 12 (1804) 283 f.

– alles Mittel, die auf sehr konventionelle Weise den von vornherein aussichtslosen Versuch unternahmen, die Verfassungswirklichkeit wieder auf die Buchstaben der Reichsurkunden zurückzuführen.

Am Ende des Alten Reiches erweist sich somit die Reichsritterschaft als ein geschlossenes Korps, dessen Genossen deutlich bestrebt sind, sich von den übrigen Gruppen des Adels abzuheben,¹⁹ und deren desolote wirtschaftliche Lage in offenbarem Kontrast zu ihrer Position auf politischer Ebene stand. Der scharfe Wettkampf, der zwischen Hocharistokratie und Reichsadel herrschte und bei dem zuerst die jüngeren Fürstenhäuser und die fürstlichen Personalisten – vornehmlich jene Familien also, die 1806 dann ebenfalls ihrer Unmittelbarkeit und hoheitlichen Rechte entkleidet werden sollten – zu unterliegen drohten, macht den Gang der Ereignisse nach der Jahrhundertwende plausibel. Der Reichsadel war nicht so sehr, wie oft behauptet wird, als überlebte Institution von vornherein dem Untergang geweiht²⁰, seine Kantone waren freilich wohl ebensowenig in voller Blüte und „auf dem besten Weg, echte Staatskörper zu werden“²¹, sondern er war den einen ein unerwünschter Konkurrent bei der Besetzung einflußreicher und wohldotierter Stellen, den andern ein lästiges Hindernis auf dem Wege zu moderner Staatlichkeit. Die Reichsritter lebten somit in mehr als einer Hinsicht über ihre Verhältnisse und vermochten dies nur dank des Rückhalts, den sie an der Reichskirche hatten. Ihre „unangemessene“ Position machte sie jedoch auch leicht verwundbar. Mit der Säkularisation war daher ihre Stellung tödlich bedroht, obwohl § 28 des Reichsdeputationshauptschlusses ihrer noch einmal eigens gedachte und damit indirekt ihre Existenz garantierte.

II

Daß ein Krieg des Reiches und die damit gewöhnlich einhergehenden Folgen, von denen die linksrheinischen Ritter ganz besonders schwer betroffen worden sind, den Auftakt für den eingangs angesprochenen Prozeß auch im rechtsrheinischen Deutschland gebildet haben, hat das Verhalten des Reichsadels auf längere Frist nachteilig bestimmt. So wurden weder die Herausforderung in ihrem ganzen Ausmaß noch die Chancen, die die alsbald einsetzende Modernisierung der politischen und sozialen Verfassung längerfristig gleichfalls bot, richtig erkannt. Erst in den Verhandlungen auf dem Wiener Kongreß gaben die einsichtigsten Wortführer ihre bis dahin ausschließlich rückwärts orientierte Politik auf und suchten das Neue in den Dienst ihrer Interessen zu stellen.

¹⁹ Auch vom mediaten Stiftsadel. Ein Beispiel dazu bei *Friedrich Keinemann*, Das Domstift Mainz und der mediate Adel. Der Streit um die Zulassung von Angehörigen der landsässigen Ritterschaften zur Mainzer Dompräbende, in: HJb 89 (1969) 153–170.

²⁰ So sahen es die nationalliberalen Historiker im 19. Jahrhundert, in deren Bann noch *Müller*, Kampf steht. Vgl. auch *Heinrich von Treitschke*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 1, (Leipzig ⁸1909) 193.

²¹ *Hofmann*, Adelige Herrschaft 100.

Die Taktik der Reichsritterschaft auf dem Rastatter Friedenskongreß bewegte sich demgemäß noch ganz in den hergebrachten Bahnen. Man verlangte einerseits die Sicherung der Ansprüche der unter französische Herrschaft gekommenen Rittergenossen, das heißt Streichung von der Emigrantenliste und Rückerstattung des sequestrierten Grundbesitzes²², andererseits strebte man den Ausbau der Position in Richtung einer Quasi-Reichsstandschaft an (denn nur Reichsstände konnten auf eine rechtsrheinische Entschädigung hoffen und auch diese war ein Ziel)²³. Da sich die beiden Vorhaben aufgrund der Rechtsstandpunkte einerseits der Franzosen, andererseits der von einigen Reichsständen gestellten deutschen Delegation gegenseitig ausschlossen, trieb der Freiherr von Gemmingen ein gewagtes Spiel. In offensichtlicher Doppelzüngigkeit betonten seine Eingaben gegenüber den französischen Unterhändlern, daß – zumal seit der Beseitigung der Feudalverfassung – die Reichsritter nichts anderes als einfache Besitzer bürgerlichen Eigentums seien, deren Enteignung die gesamte Gesellschaftsordnung bedrohe und das Naturrecht verletze²⁴. Den deutschen Diplomaten hingegen, die die darin beschlossene Aufgabe entscheidender Rechtspositionen nur zu gerne aufgriffen, warf Gemmingen sogleich vor, dadurch werde „die Reichsritterschaft von ihrer gesetzlichen Anschließung an Fürsten und Stände des Reiches entfernt, aus ihrer echten Kategorie herausgeworfen“²⁵, denn „bei allen das Deutsche Reich betreffenden Staatsangelegenheiten“ sei der Reichsadel den „höchst und hohen Ständen (das Sitz- und Stimmrecht allein ausgenommen) bisher gleichgehalten worden“; da die Ritter „in ihren Territorien gleiche Hoheiten, Rechte und Gerechtigkeiten als Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs“ besäßen²⁶, seien die linksrheinisch um ihre Renten und Gefälle Gebrachten auch gleichermaßen wie die übrigen Herrscher entschädigungsberechtigt.

Die Loyalität des Kaisers hatte es ermöglicht, daß Gemmingen im ganzen gesehen erfolgreich war, denn der kaiserliche Delegationsführer, Graf Metternich, hat den ritterschaftlichen Standpunkt übernommen. Selbst die Entschädigung für enteignete Feudalrechte wurde von der Reichsfriedensdeputation am 3. 3. 1798 im Grundsatz akzeptiert und vom Kaiser am 12. 7. 1798 gebilligt. Oberflächlich betrachtet scheiterte nur die Aufnahme der elsässischen Rittergenossen in den Friedensvertragsentwurf. Trotz dieses glimpflichen Ausgangs wurde diese Adelsgruppe von den revolutionären Ereignissen außerordentlich stark betroffen. Sie gab ihre linksrheinischen Verluste mit 20 Quadratmeilen und 52 000 Untertanen an, die jährlich 450 300 fl. an Abgaben bezahlt haben sollen²⁷.

²² Promemoria, 16. 2. 1798 (wie Anm. 1).

²³ dto., 26. 6. 1798; a. a. O., Bd. 5, (Rastatt 1800) Beilage Nr. 193.

²⁴ „Les possessions des membres de la noblesse ... ne sont néanmoins propriété absolue de l'individu qui les possède; on peut en être propriétaire sans avoir la qualité de noble ... Il est sensible que les propriétés foncières ne peuvent être exposées à des atteintes sans blesser l'ordre social et les droits naturels“; Mémoire Gemmings, 28. 4. 1798; ebda 33 f.

²⁵ Wie Anm. 23.

²⁶ Promemoria, 19. 6. 1798; ebda 36 f.

²⁷ *Karl Ernst Alexander von Hoff*, Das Teutsche Reich vor der französischen Revolution und nach dem Frieden von Lüneville, (Gotha 1801) 197.

Jene Reichsritter, denen zuvor der erstrebte Aufstieg in den Reichsgrafenstand gelungen war (wie etwa den Metternich, Eltz und Sickingen), verloren ihren gesamten Besitz, wofür sie freilich eine Entschädigung aus rechtsrheinischem Säkularisationsgut erhielten. Ungleich schlechter stellten sich jedoch solche Familien, die bislang überwiegend, wenn nicht ganz von grundherrschaftlichen Renten und Feudalgefällen gelebt hatten; sie wurden durch die Entfeudalisierung unter Umständen tatsächlich, wie Gemmingen beklagte, „an den Bettelstab gebracht“²⁸. Und auch jene, die eigenen Grund und Boden bewirtschafteten, erlitten angesichts der altertümlichen Besitzverfassung, in der Grundzinsen, Zehnten und Jurisdiktionen fast stets einen erheblichen Anteil am Gesamteinkommen ausgemacht hatten, namhafte Verluste. Es ist darum kein Wunder, daß viele von ihnen in französischer Zeit gezwungen waren, ihr Hab und Gut ganz oder teilweise zu verkaufen, so daß sich 1823/24 bei der Errichtung des rheinischen Landtags weit weniger als erwartet alte landtagsfähige Güter fanden, denen man die neue Qualität eines Rittergutes hätte verleihen können²⁹. Hier trat das grundsätzliche Problem zutage, wie prekär im Grunde die Situation des Niederadels am Beginn der modernen Gesellschaftsordnung und wie sehr er geradezu existenziell darauf angewiesen war, daß der Staat tatsächlich den in der deutschen Naturrechtslehre so sehr betonten Grundsatz befolgte, jedermann bei dem jeweilig Seinigen zu schützen.

Die von den Franzosen auch im Rheinland angewandte „jakobinische“ Lösung einer Modernisierung des Bodenrechts, das heißt einer entschädigungslosen Entfeudalisierung, drang vorderhand nur in ihrem negativen Aspekt ins Bewußtsein der Betroffenen. Die positive Seite in Gestalt einer ebenfalls entschädigungslosen Beseitigung des Lehensnexus' kam demgegenüber zunächst nicht ins Blickfeld; ihr materieller Entlastungseffekt war auch vergleichsweise gering, doch entfiel damit künftig auch der bislang mögliche Heimfall. In Wien sollte sich dann aber herausstellen, daß sich auch in diesem Punkt eine Anpassung vollzogen hatte.

Soweit es sich um Absichtserklärungen der deutschen Reichsstände und des Reichstags handelte, waren die Erfolge Gemmingens das Papier nicht wert, auf dem sie festgehalten und untersiegelt waren, denn als der Friede in die Tat umgesetzt werden sollte, sah sich der ritterschaftliche Deputierte genötigt, dieselben Bitten und Vorstellungen vorzutragen wie vier Jahre zuvor in Rastatt³⁰. 1802/03 ging es jedoch noch um weitere Probleme, die die Ritterschaft ganz besonders betrafen, weil die Säkularisation der Reichskirche (vorläufig mit Ausnahme des Erzstuhls für den deutschen Primas und des Deutschen Ordens), nachdem sie im Prinzip schon in Rastatt mehr anerkannt als beschlossen worden war, nun in die Tat umgesetzt wurde.

Die Reichsritterschaft war nach diesem Verlust Hunderter von Pfründen wirtschaftlich und politisch viel zu ungesichert, als daß sie sich wie der Münsterländische Stifts-

²⁸ Promemoria, 30.6.1798; a. a. O., 78.

²⁹ Siehe dazu die Übersicht bei K. Reinhold Weitz, Die preußische Rheinprovinz als Adelslandschaft, in: RhVJ 38 (1974) 347 ff.

³⁰ Eingabe des Generalbevollmächtigten der Reichsritterschaft aller drei Kreise, Freiherr Karl von Gemmingen, 28.2.1802 in: Protokoll der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg, Bd. 1, (Regensburg 1803) Nr. 83.

adel, mit dem sie sonst manche Gemeinsamkeit teilte, resigniert oder verunsichert auf ihre Güter hätte zurückziehen können. Auch verfügte sie ja noch über ihre Standesorganisation, mit deren Hilfe sie hoffen konnte, sich wenigstens beim Kaiser Gehör zu verschaffen. Da es dem adeligen Selbstverständnis (noch) wenig entsprach, selbst zur Feder zu greifen, blieben publizistische Beiträge die Ausnahme; es scheint, daß lediglich die der Reichsritterschaft angehörenden Domherren Karl-Theodor von Dalberg und Ignaz Heinrich von Wessenberg das Wort ergriffen haben, um die kollektiven Interessen öffentlich zu verteidigen³¹. Gemmingen hingegen, der auch in Regensburg wieder Generalbevollmächtigter aller drei Ritterkreise war, versuchte mit dem bewährten Mittel diplomatischer Verhandlungen nicht nur durchzusetzen, daß die ihrer Einkünfte verlustig gegangenen Domherren eine lebenslängliche Entschädigung erhielten, sondern vor allem, daß „dem Reichsadel ... seine zeitherigen Geburtsrechte auf Dignitäten und Präbenden der fortbestehenden oder neu errichtet werdenden Kathedral- und anderen Stiftskirchen“ sowie die Damenstifte „erhalten werden“³². Mit diesem vom Reich geforderten Wechsel auf die Zukunft unterstrich Gemmingen die beim deutschen Adel verbreitete Ansicht, daß die geistlichen Fürstentümer gewissermaßen ein Fideikommiß der privilegierten Stände seien, an denen man ein erbliches Eigentumsrecht besitze³³. Der anhaltende Widerspruch seitens der Juristen, die den Wert korporativen Eigentums gegenüber anderen Ansprüchen deutlich zurücksetzten, konnte diese Auffassung nicht ändern. Der bereits erwähnte Buchholz berichtet, daß noch 1805/06 der Versuch unternommen worden sei, in direkten Verhandlungen mit Napoleon die unausweichliche „Mediatisierung in eine förmliche Kapitulation zu verwandeln“. Tatsächlich verlangte man dabei in Fortführung der traditionellen gesellschaftspolitischen Leitvorstellungen des Reichsadels die „ausschließende Aufnahmefähigkeit in das kurerzkanzlerische Domkapitel“ und ebenfalls wie bisher die „ausschließende Beförderung zu höheren Staatsdiensten, zum Beispiel Repräsentationsstellen, Gesandtschaften, Präsidentenstellen, Oberämtern usw., welche diesem Korps, das zwischen dem Souverän und der Nation in der Mitte stehe, ohne Gefahr anvertraut werden könnten“³⁴.

³¹ [Karl Theodor von Dalberg], Ueber Bestimmung der Entschädigungsmittel für die Erbfürsten, (Mörsburg 1801); [Ignaz Heinrich von Wessenberg], Die Folgen der Säcularisation. Cuique Suum, (Zürich 1801); siehe Peter Wende, Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik, (Lübeck 1966) 51.

³² Wie Anm. 30, besonders 353.

³³ Haller meinte in seiner kommentierenden Einleitung, es lasse „sich auch kaum ein gegründeter Einwurf dagegen erregen, wenn man den Familien, die ein Privatrecht auf den Besitz der Güter der Domstifter erworben haben, dieses ihr Eigentum durch ein Fideikommiß der jährlichen Einkünfte erhalten“ wolle; [Karl Ludwig von Haller], Geheime Geschichte der Rastatter Friedensverhandlungen in Verbindung mit den Staatshändeln dieser Zeit, Bd. 1, (Germanien 1799) 453. Vgl. allgemein Rudolfine Frein von Oer, Der Eigentumsbegriff der Säkularisationsdiskussion am Ende des alten Reiches, in: Eigentum und Verfassung, hrsg. v. Rudolf Vierhaus (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 37, Göttingen 1972) 204 ff.

³⁴ Buchholz, Untersuchungen 349 f. Die vergleichbaren Vorstellungen Dalbergs referiert Karl Otmar Freiherr von Aretin, Heiliges Römisches Reich 1776–1806, Bd. 1, (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Abt. Universalgeschichte 38, Wiesbaden 1967) 483 f.

Mit dieser Anspielung auf Montesquieu sollte der hergebrachte Grundsatz untermauert werden, daß die ständische Ordnung auch um den Preis wesentlicher Konzessionen einer moderneren, auf Gleichheit und Leistung aufbauenden Gesellschaft in jedem Falle vorzuziehen sei. Dahinter steckte jedoch nicht bloße Nostalgie. Die desolate wirtschaftliche Lage so vieler ritterschaftlicher Familien machte diesen Punkt vielmehr zur Existenzfrage, denn die im Fürsten- oder Reichsdienst bekleideten Ämter und die geistlichen Pfründen dienten längst nicht mehr nur der Sicherung von Herrschaft und insbesondere Prestige, sondern waren wegen ihrer hohen Dotierung (nicht zuletzt dank der häufig praktizierten Kumulierung) ein unverzichtbar gewordener Bestandteil des Einkommens, der von jetzt an entfiel.

Für das Ausmaß der wirtschaftlichen Einbußen durch die Säkularisation ist die Beteiligung der Reichsritterschaft an den National- bzw. Kirchengutsverkäufen ein zuverlässiger Indikator. Links des Rheins blieb der Reichsadel den Versteigerungen fast ganz fern, weil er – sofern er überhaupt im Lande geblieben war – nach dem Verlust seiner Feudaleinkünfte kaum noch Mittel für Landerwerb besaß³⁵. Auch im rechtsrheinischen Deutschland beteiligte sich diese Käufergruppe so gut wie gar nicht, weil ihr offensichtlich das nötige Kapital fehlte, während landsässige Adelige sowohl in Westfalen wie auch in Bayern als die größten Käufer von Kirchengut bezeugt sind³⁶. Doch damit nicht genug. Auch der Verlust der politischen Selbständigkeit hatte nachteilige Folgen für die finanzielle Lage der Reichsritter, da die Abgaben hoheitlichen Charakters bislang wie die grund-, gerichts-, leib- und zehntherrlichen Gefälle in dieselben Kassen geflossen waren und wegen der geringen Beiträge an Kanton und Kaiser auch größtenteils dort verblieben. Die neuen Landesherren konnten dadurch die Mediatisierung sogar als einen Akt finanzpolitischer Gerechtigkeit darstellen, indem sie einerseits den ritterschaftlichen Untertanen das erließen, was jenen – wie die bayerische Adelsdeklaration vom 31. 12. 1806 tautologisch feststellte – „durch einen unerlaubten Mißbrauch“³⁷ zuviel abverlangt worden war, und andererseits die Ritter den Grund- und den Verbrauchssteuern sowie den Zöllen unterwarfen.

Damit ist der soziale Wandel angesprochen, dem der Adel nach dem Verlust seiner Selbständigkeit mehr denn je unterlag. Angesichts der politischen Wechselbäder, de-

³⁵ Dazu *Michael Müller*, Säkularisation und Grundbesitz. Zur Sozialgeschichte des Saar-Mosel-Raumes 1794–1813, (Boppard 1980) besonders 139.

³⁶ Westfalen: *Harm Kluetting*, Die Säkularisation im Herzogtum Westfalen 1802–1834, (Wien 1980) 202 ff. Bayern: *Christof Dipper*, Probleme einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Säkularisation in Deutschland (1803–1813), in: *Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons*, hrsg. v. *Armgarð von Reden-Dobna* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 5, Wiesbaden 1979) 151.

³⁷ Königl. Baier. Verordnung, die der kgl. Souveränität unterworfenen Ritterschaft und ihre Hintersassen betreffend, 31. 12. 1806; abgedr. in: *Der rheinische Bund*, hrsg. v. *Peter A. Winkopp*, 2 (1807) 218–245, hier Ziffer V A 3 (S. 236). Das Edikt nennt auch die verbreitetsten Arten zu hoher Forderungen: 1. widerrechtliche Zuschläge; 2. wurde den Untertanen „unter dem Namen von Steuern mehr [genommen], als die paktierte Steuer betrug“; 3. sollen kurz vor der bayerischen Besitzergreifung „in einigen Bezirken adelige Gutsbesitzer das Steuerquantum ihrer Untertanen gemindert und einen Teil desselben in die Bücher der grundherrlichen Abgaben ihrer Untertanen übertragen haben“; ebda Ziffer V B 3 (S. 238).

nen die Mediatisierten ausgesetzt waren, und der unsicher scheinenden politischen Zukunft der Rheinbundstaaten blieb die Bereitschaft begreiflicherweise gering, die neuen Verhältnisse anzuerkennen. „Eine Klasse privilegierter Landsassen“ zu werden, wie es dem bayerischen König vorschwebte³⁸, das heißt trotz des Adelsprädikats im Grundsatz „allen übrigen Gutsbesitzern gleichgestellt zu sein“³⁹, wie es die bayerische Verfassung von 1808 beabsichtigte, schien den ehemaligen Reichsrittern schlechterdings ein unerträglicher Gedanke (und sollte es noch bis 1848 bleiben). Zu spät erkannten darum die meisten von ihnen die Chance, daß die neuen Souveräne, wenn überhaupt willens, so doch sicherlich kaum in der Lage waren, die Verstaatlichung von Justiz und Verwaltung bis auf die unterste Ebene überall durchzuführen⁴⁰. Das Aushandeln einer freilich nur noch abgeleiteten Herrenstellung mit namhaften Privilegien, unter Umständen sogar korporativ zugestanden und völkerrechtlich garantiert, wurde damit versäumt.

So war es der Einsicht von Monarchen und Teilen der Verwaltung und nicht dem taktischen Geschick der demoralisierten Reichsritter zuzuschreiben, daß in der Rheinbundzeit trotz mannigfacher Unsicherheiten und entgegen den egalitären Zielen radikal eingestellter Juristen die Privilegien als „wahres Eigentum“ betrachtet wurden und entsprechenden Schutz fanden. Der Gedanke des Sozialprotektionismus bestimmte auch in dieser Umbruchszeit die gesellschafts- und rechtspolitischen Positionen der Staaten. An ihm scheiterte darum jeder Versuch, die Verhältnisse auf dem Lande in der Sache anzutasten, und zwar noch bevor sich die Absicht, den „Code Civil“ auf deutsche Verhältnisse anzuwenden, als Fehlschlag erwies. Nicht dieses Gesetzbuch brachte in Deutschland die Garantie der „erworbenen Rechte“, da es ja kaum ernstlich eingeführt wurde, sondern die Handhabung der Eingliederung von ehemaligem Reichsadel und Standesherrn, für die die Haltung Bayerns zum allgemeinen Vorbild wurde: sie betrachtete die Grundherrschaft, den Kern adeligen Selbstverständnisses, als Vertragsverhältnis, das nur im beiderseitigen Einverständnis geändert werden könne⁴¹ und überließ auch, wenngleich als einseitige Konzession getarnt, die Partrimonialjustiz den Grundherren. Mit der Beseitigung der privilegierten Landstandschaft und der Edelmannsfreiheit des landsässigen Adels war damit freilich zugleich eine einheitliche Klasse von Rittergutsbesitzern geschaffen, in die nunmehr auch Bürgerliche eintreten konnten.

Gerade diese Gesellschaftspolitik, augenblicklich noch weit mehr Zukunftsvision denn bereits vollzogene Realität, stieß bei der ehemaligen Reichsritterschaft auf entschiedene Ablehnung. Berühmt sind die Worte des Freiherrn vom Stein, der in seinem Landesherrn nur noch einen „Räuber“ zu erkennen und sowenig wie irgend einer seiner Genossen einzusehen vermochte, daß das, was der Geburtsadel einstweilen an – scheinbar autonomen, im Falle der Reichsritterschaft nur zu oft freilich auf pro-

³⁸ Zit. Hofmann, *Adelige Herrschaft* 260.

³⁹ Julius Freiherr von Rotenhan, *Geschichte der Familie Rotenhan ältere Linie*, Bd. 2, (Würzburg 1865) 484.

⁴⁰ Das war nur in Westphalen (1808), Württemberg (1808) und Baden (1813) der Fall.

⁴¹ Elisabeth Febrenbach, *Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht*, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 13, Göttingen 1974) 137.

blematischen Rechtstiteln ruhenden – Gerechtsamen verloren hatte, gerade im Zusammenhang der rheinbündischen Reformpolitik demselben Personenkreis in Gestalt von Privilegien wiedergegeben worden war. Wie in Preußen⁴² so war namentlich auch in Bayern, wo die Reform der Kreisverfassung gescheitert ist, der Ritterstand auf Staatsebene eine Klasse, auf Kommunalebene jedoch nach wie vor faktisch ein Stand im alten Wortsinn. Aber weder dies noch die Vorzüge gestiegener rechtlicher Sicherheit war man einstweilen in der Lage anzuerkennen. Stein warf dem Fürsten von Nassau-Usingen vor: „es wird mir also statt eines auf Gesetze und Verfassung gegründeten Zustandes ein bittweiser, auf Billigkeit und anderen wandelbaren Basen beruhender zugesagt – welche Aussicht! und auch auf diesen darf ich nicht hoffen.“⁴³

Äußerlich scheint sich an dieser schroffen Ablehnung in den nächsten Jahren nichts geändert zu haben. Jedenfalls hat die Weigerung, sich ins Unvermeidliche zu fügen oder, sozialgeschichtlich ausgedrückt, den politisch erzwungenen Wandel vom Quasi-Reichsstand zum Patrimonial- und Grundherrn bzw. privilegierten Landwirt zu akzeptieren, die Haltung des ehemaligen Reichsadels gegenüber den Rheinbundfürsten auch in den folgenden Jahren bestimmt. Die Eingaben auf dem Wiener Kongreß machen jedoch deutlich, daß sich zumindest bei der Führungsgruppe der Reichsritterschaft die Erkenntnis durchgesetzt hat, eine Anerkennung des Wandels sowohl in der Frage der Eigentumsverfassung als auch in der der politischen Ordnung könne für den Adel durchaus von Vorteil sein. Damit war die von der Modernisierung ausgehende Herausforderung angenommen, wenn auch, was charakteristisch bleiben sollte, nur in einem ganz spezifischen Sinne. So erklärt sich die ausgesprochene Doppeldeutigkeit der in Wien vorgelegten Denkschriften. Deren Programm lautete zusammengefaßt folgendermaßen⁴⁴: volle Restitution in den Rechtszustand von 1806 mit anschließender vertragsweiser Überlassung gewisser hoheitlicher Rechte gegen entsprechende Garantien, wozu insbesondere landständische Verfassungen, Ministerverantwortlichkeit und Beseitigung der unbedingten und absoluten Souveränität der Fürsten, ferner Kuriatstimmen an der künftigen Reichsversammlung sowie Wiederbegründung von Kaiser- und Reichsgericht zählten. Die wirtschaftliche Absicherung ihres Standes lag den Delegationen besonders am Herzen. Majorate, Fideikommiss und Hausgesetze sollten der Güterzersplitterung wehren, der Grundsteuerfuß sollte allenfalls zwei Drittel desjenigen der Untertanen ausmachen und keiner Steigerung unterworfen werden, der Lehensverband gegen die Rheinbundfürsten sei aufzuheben, das Retraktrecht wieder in Kraft zu setzen; aber auch „das arme Volk“, die Untertanen, müßten von den Souveränen künftig schonender behandelt werden, „weil zu den grundherrlichen Schuldigkeiten sich noch die harten Souveränitätslasten gesellten“ und damit infolge der jetzigen Doppelbelastung durch Grundherrn und Staatskasse die Gefahr bestehe, daß

⁴² Reinhard Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, (Industrielle Welt 7, Stuttgart 1967) 555 f.

⁴³ Briefe an Wieler bzw. an den Fürsten von Nassau-Usingen, beide vom 13. 1. 1804; *Karl Heinrich Freiherr von Stein*, Briefe und amtliche Schriften, Bd. 1, bearb. von *Erich Botzenhart*, (Stuttgart 1957) 720, 722.

⁴⁴ Das Folgende nach den Eingaben, die bei *Klüber* (siehe folgende Anm.) in den Bänden 1, 3 und 6 abgedruckt sind.

„der Adel nach und nach alle seine Intraden“ verliert“⁴⁵; Freiheit von Kreis- und Gemeindeabgaben folge aus der Autonomie der herrschaftlichen Güter. Damit war es freilich nicht getan. Das Prinzip der „restitutio ad integrum“ hatte auch für die deutsche Kirchenverfassung zu gelten, und da wie seit alters her auch jetzt noch die Meinung vertreten wurde, daß „die unermesslich reichen deutschen Erzstifter und Stifter ... als ein wahres Eigentum des deutschen Reichsadels angesehen werden konnten“⁴⁶, war es nur logisch, daß den ehemaligen Reichsrittern „die gerechtesten Ansprüche“ auf jene Institutionen erwachsen, die „zur Beruhigung des Volks und um den Pflichten gegen die Kirche zu genügen“ wiederherzustellen seien⁴⁷. Abschließend wurde bewiesen, wie sehr den Staaten ein wohlhabender Erbadel nütze.

Es war dies ohne Zweifel ein Maximalprogramm, das im Falle seiner Verwirklichung dem „immediaten deutschen Reichsadels“, wie er sich in den Eingaben wieder nannte, eine gegenüber dem Alten Reich nicht unwesentlich verbesserte Position gebracht hätte. Worum es den Ritterdeputierten wirklich ging, war auf wirtschaftlichem Gebiet neben einer kräftigen Entschädigung für den Untergang der Reichskirche (denn ein Widerruf der Säkularisation wurde von niemand ernstlich erwartet und hätte ja auch tief in das Eigentumsrecht so manches Rittergenossen eingegriffen) und der seit 1806 eingezogenen hoheitlichen Gefälle die vertraglich und völkerrechtlich sanktionierte Sicherung des Besitzstandes einerseits im Bereich der Grundherrschaft, andererseits aber auch in Gestalt der so viel moderneren Eigentumsverfassung auf dem linken Rheinufer; damit war die Anerkennung der inzwischen erfolgten Nationalgüterverkäufe und der von Frankreich allodifizierten Lehen gemeint, so daß neben der „feudalen“ auch die „bürgerliche“ Rechtsordnung bejaht wurde, sofern man sich davon einen Vorteil versprach. In politischer Hinsicht erwärmte sich der Adel zur Absicherung dieser Ansprüche und als Schutz gegen künftige Rechtsminderungen ebenfalls für fortschrittliche Errungenschaften, wenn sie seinen Zielen dienen konnten. So erklärte sich der Wunsch nach politischer Mitwirkung auf Bundes- und Länderebene. Es kann keine Rede davon sein, daß der Adel insgesamt, gleich welchen Standes, in dieser Umbruchsituation und nach allen seinen Erfahrungen und Grundsätzen plötzlich sein Herz für den modernen Konstitutionalismus entdeckt hätte. Hinter der neuzeitlichen Diktion verbarg sich im Gegenteil der Versuch, unter nun schon traditioneller Berufung auf Montesquieus Adelslehre allenthalben altständische Kurien wieder aufzurichten, auf denen der grundbesitzende Adel das flache Land zu repräsentieren gedachte. Die Idee der landständischen Verfassung diente also nur als formales Prinzip, mit dessen Hilfe man die Errungenschaft des Rheinbundes beseitigen wollte⁴⁸. In der

⁴⁵ Kurze Übersicht über die Beschwerden der Reichsritterschaft, welche durch die Souveränitätseinrichtungen seit dem Jahr 1806 ... herbeigeführt worden sind (September/Oktober 1814), in: Acten des Wiener Congresses, hrsg. v. *Johann Ludwig Klüber*, Bd. 3, (Erlangen 1815) 492.

⁴⁶ Ebda 469.

⁴⁷ Ansicht über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des unmittelbaren Reichs-Adels, insbesondere in kirchlicher und staatswirtschaftlicher Hinsicht, Zweiter Nachtrag (15. 12. 1814), in: ebda 548 f.

⁴⁸ Stein verlangte schon 1813 „l'abolition de toutes les institutions françaises“, worunter er auch den „Code Civil“ verstand; Verfassungsdenkschrift für Zar Alexander I. (Ende August 1813), in:

öffentlichen Meinung stieß dieses Vorhaben auf entschiedene Ablehnung⁴⁹, die sich mit den Zielen der Rheinbundfürsten weithin deckte. So kam es schließlich zwar trotzdem zu dem vor allem vom Adel verlangten Artikel 13 DBA, aber tatsächlich diente dieser in seiner offenen Formulierung der Gewährleistung weiterer Modernisierung, sei es zunächst im Sinne monarchischer Interessen oder später der liberalen Opposition.

Nicht weniger hintersinnig argumentierte der Vertreter der linksrheinisch angesessenen ehemaligen Reichsadeligen, Edmund Graf Kesselstatt. Seine zahlreichen Eingaben verfolgten die beiden Ziele, dem Adel seinen gegenwärtigen Besitz, welcher Herkunft er auch sei, zu garantieren (noch war ja die Frage nicht geklärt, was mit den verkauften Nationalgütern zu geschehen habe), ihn aber endlich auch in den Genuß der schon in Rastatt zugesagten Entschädigung für den Verlust der Grundherrschaft und der reichsritterschaftlichen Landeshoheit kommen zu lassen. Damit war fraglos die Anerkennung zweier sich gegenseitig ausschließender Eigentumsbegriffe verlangt – freilich nur, insoweit sie den Interessen des Adels diene, der „(des geistlichen Standes nicht zu erwähnen) bei weitem mehr als alle anderen Klassen in jeder Hinsicht, besonders in seinem Eigentum verloren hat“, wie Kesselstatt mit Recht feststellte⁵⁰. Mit erheblichem juristischen Scharfsinn versicherte darum Kesselstatt unentwegt, daß man zwischen dem Lehenrecht des Landesherrn und den Lehen- und sonstigen Rechten Privater unterscheiden müsse: als Rechtsnachfolger der Fürsten haben die Franzosen volle Dispositionsfreiheit über die Staatsdomänen besessen – „gleich einem Privatmann“ –, so daß die Versteigerungen rechtens waren und der entsprechende Besitzwechsel „unter dem Schutze des Völkerrechts“ stehe. Mit der Aufhebung des Feudalsystems habe aber die französische Regierung „das Eigentum der Privaten vernichtet“, die dafür Restitution oder Wiedergutmachung verlangen könnten⁵¹. Daß auch Kesselstatt, nicht anders als die Vertreter der rechtsrheinischen Ritterschaft, das Neue nur insoweit anzuerkennen bereit war, wie es der Interessenlage seiner Konkommittenten entsprach, ergibt sich ferner aus einem anderen, von ihm gleichzeitig im Zusammenhang mit der Verfassungsbewegung des Rheinlands und Westfalens verfaßten Bei-

Stein, Briefe, Bd. 4, bearb. von *Walther Hubatsch* (Stuttgart 1963) 240. Vgl. dazu die einleuchtende Argumentation *Wolfgang Magers*, Das Problem der landständischen Verfassungen auf dem Wiener Kongreß 1814/15, in: *HZ* 217 (1973) bes. 334f. Die damalige Haltung der ehemaligen Reichsritterschaft war übrigens kein Einzelfall, sondern fand beispielsweise in der Politik des Mailänder Patriziats und der französischen „Ultras“ eine frappante Entsprechung. Vgl. *Marco Meriggi*, Liberalismo o libertà dei ceti? Costituzionalismo lombardo agli albori della Restaurazione, in: *Studi storici* 22 (1981) 315–343; *Joseph Barthélemy*, L'introduction du régime parlementaire en France sous Louis XVIII et Charles X, (Paris 1904).

⁴⁹ Statt vieler Belege *Klüber*, Übersicht 236f.

⁵⁰ Denkschrift für die vier Departemente auf der linken Rheinseite, das Herzogthum Luxemburg etc., insbesondere den Adel daselbst betreffend (28.2.1815), in: *Klüber*, Acten, Bd. 6, (Erlangen 1816) 508.

⁵¹ Denkschrift für die deutschen Länder auf der linken Rheinseite, wegen Fortdauer der Allodification, Zurückgabe oder Ersatz entzogenen Eigenthums, und Anwendung der für Teutschland zu errichtenden Congreß-Bestimmungen auch auf jene Länder (2.3.1815), in: ebda 525, 527, 523.

trag⁵². Gleichwohl dachte er moderner als andere Adelige, die sich damals für die Ersetzung des „Code Civil“ durch das ihren Stand entschieden besser stützende „Allgemeine Landrecht“ und gegen die Einführung der Repräsentation aussprachen, mit der die einst privilegierten Landstände in Gestalt der Generalräte mit ihren bürgerlichen Mehrheiten keine guten Erfahrungen gemacht hatten⁵³. In der am weitesten modernisierten Gesellschaft Deutschlands begegnet nicht zufällig auch die kompromißloseste Ablehnung all jener Institutionen, die den Umbruch auslösten und absichern halfen.

Angesichts der hochgespannten Ziele mußten die in Wien tatsächlich erreichten Resultate enttäuschen. Eine Wiederaufrichtung der Reichskirche, an der weder die Fürsten noch der Papst Interesse hatten, wurde nicht einmal diskutiert; die Zulassung beim Bundestag mittels Kuriatstimmen nur den Standesherrn, allerdings sehr vage, in Aussicht gestellt; der Artikel über landständische Verfassungen erhielt keine inhaltliche Festlegung, was ebenfalls eine Niederlage bedeutete; nicht einmal die gleichförmige Behandlung der ehemaligen Reichsritter in allen Bundesstaaten konzedierte man. Gerade diese letztere Bestimmung führte den Betroffenen sehr deutlich vor Augen, daß an ihrer seit 1806 eingetretenen Stellung als Angehörige des niederen grundbesitzenden Adels nicht gerüttelt werden sollte. Die im Rheinbund in Gang gesetzte Tendenz zur ausschließlich berufsständisch definierten Qualität der Güterbesitzer (wie überhaupt der Bevölkerung) wurde damit vom Wiener Kongreß stillschweigend sanktioniert und dies erklärt, warum die Agrarreformen auch in der Phase der Restauration, wenngleich langsam, weitergingen. Selbst die zugesicherte Beteiligung an der Landstandschaft bot keine Sicherheit gegenüber dieser Entwicklung, denn erstens unterstrich die Begrenzung dieses Rechts auf die „Begüterten“ noch einmal ausdrücklich den gesellschaftspolitischen Trend, und zweitens bot die in Wien getroffene Regelung genügend Raum, mit Hilfe der Zusammensetzung der Kammern den ehemaligen Reichsadel politisch zu paralysieren; Nassau, Baden und insbesondere Kurhessen, letzteres freilich erst nach der Julirevolution, haben diesen Weg am entschiedensten beschritten. Der einzig greifbare Erfolg bestand in der völkerrechtlichen Verankerung des in den vergangenen Jahren im normsetzenden Bayern hergestellten Zustandes, was denn auch einem Bundesfürsten wie dem württembergischen König Friedrich I. entschieden zu weit ging. Ist es ein Wunder, wenn der Adel seine grundherrlichen Rechte und die Patrimonialjustiz, so kostspielig sie auch sein mochte, in den kommenden Jahren zum Inbegriff seines Selbstverständnisses und zum Palladium seiner sich verflüchtigenden Qualität als Geburtsstand erhob, an denen er nicht rütteln ließ?

⁵² *Edmund Graf von Kesselstatt*, Betrachtungen über die dem preußisch gewordenen Lande linker Rheinufer allenfalls zu gebende landständische Verfassung (Denkschrift an Hardenberg, Wien, 13.5.1815; ungedruckt).

⁵³ Dies trotz gelegentlicher Ausnahmen, wie etwa der, daß der Adel im alten Kurfürstentum Trier nicht zu den Landständen gezählt hatte, und daß der Generalrat des Roer-Departments 1813 eine absolute Mehrheit Adelliger aufwies. Dazu insgesamt *Karl-Georg Faber*, Die Rheinlande zwischen Restauration und Revolution, (Wiesbaden 1966) 62 f., 153, 210; *Reinhold Weitz*, Der niederrheinische und westfälische Adel im ersten preußischen Verfassungskampf 1815–1823/24, (phil. Diss. Bonn 1970).

III

Der Sturz der Reichsritterschaft in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts war deshalb so tief, weil ihre Stellung bis dahin in erster Linie von Verfassungsinstitutionen abhing, die zu schützen sie bei weitem zu schwach war. Aber sie unterlag nicht einer neben ihr aufsteigenden, konkurrierenden Elite aus dem Dritten Stand, sondern im politischen Konflikt mit dem spätabolutistischen Fürstentum und der diesem verpflichteten Beamtenschaft. Beides erklärt sowohl die Geschwindigkeit des Vorgangs als auch dessen begrenzte soziale Reichweite. Denn es standen die Attribute autonomer Herrschaft im Zentrum der Auseinandersetzungen, denen der soziale Wandel zwar unvermeidlich folgte, der aber nicht das eigentliche Ziel des Ringens bildete. Andernfalls hätte die Adelsreform, die ja ebenfalls zu damaliger Zeit im Sinne einer Modernisierung, das heißt Öffnung gegenüber neuen Kräften und Einengung der geburtsständischen Merkmale, diskutiert wurde⁵⁴, energischer angefaßt werden müssen. Diese Reform ist jedoch bis 1918 in Deutschland bekanntlich ausgeblieben. Den neuen Staaten genügte es schon, wenn die adelige Autonomie im Grundsätzlichen beseitigt war, und sie übertrugen sogleich wichtige Bestandteile der einstigen Herrenstellung auf deren bisherige Besitzer, die nun freilich ihre Tätigkeit nur noch im Auftrag des Staates versahen. Staat und Gesellschaft waren damit zwar prinzipiell auseinandergetreten, aber rechts des Rheins hatte sich im Erscheinungsbild, in der alltäglichen Verwaltungspraxis äußerlich wenig geändert: die Wappen und Siegel waren, bildlich gesprochen, ausgetauscht worden.

Bei den betroffenen Rittern (und Standesherrn) hatte aber gerade dieser von hohem Symbolwert gekennzeichnete Akt heftige Ressentiments und anhaltenden Widerstand ausgelöst, wie zahllose Schilderungen und Selbstzeugnisse belegen. Man wußte, wie sehr in der altertümlichen Gesellschaftsverfassung Deutschlands der Verlust politischer Standesrechte unwillkürlich den sozialen Status minderte. Auf der anderen Seite war der Adel zuletzt doch realistisch genug, die Vorzüge des Neuen in Anspruch zu nehmen. Zu diesen zählte beispielsweise die Beseitigung der „Toten Hand“ mit dem nach Möglichkeit wahrgenommenen Angebot an kirchlichem Grundbesitz und – linksrheinisch – die entschädigungslose Aufhebung der Lehen; natürlich ließ man sich auch gefallen, daß die verbliebenen grund- und gerichtsherrlichen Rechte im Wege einseitiger fürstlicher Deklarationen, namentlich aber durch die Aufnahme in die Bundesakte sowie durch das von den Verfassungen garantierte Eigentum einen wesentlich moderneren und wirksameren Schutz erhielten als vordem.

Der Reichsadel erwies sich so nach anfänglichem Zögern keineswegs als reaktionär. Vielmehr akzeptierte er das Neue wie etwa Konstitutionen und Zivilrecht, Nationalgüterversteigerung und Lehensallodifikation, sofern es seinen spezifischen Interessen zu dienen versprach, und wo er die Wiederherstellung früherer Zustände verlangte, z. B. altständische Landtagskurien, Adelsklerus oder gar – wie gelegentlich auf dem

⁵⁴ England galt dabei allgemein als Vorbild. Zu Bayern siehe [Karl Heinrich Ritter von Lang], *Die Memoiren des Ritters Karl Heinrich von Lang*, Bd. 2, (Braunschweig 1842) 186. Für Preußen siehe *Stein*, *Briefe*, Bd. 2/2, bearb. von Peter G. Thielen, (Stuttgart 1960) 853 f.

Wiener Kongreß vorgetragen – die Ansiedlung aller ehemaligen Reichsritter in einem geschlossenen Territorium auf der linken Rheinseite, da war dies nicht nur Ausfluß nostalgischer Verklärung der Vergangenheit, sondern auch der Versuch, größtmögliche Vorteile zugunsten des eigenen Standes zu erlangen. Diese Vermischung von Altertümlichkeit und Modernität war durchaus zeittypisch. Sie kennzeichnet auch die Haltung vieler Monarchen, die in Wien den preußischen Vorschlag zu Fall brachten, die Lehen des Adels zu allodifizieren: man erhielt sich dadurch nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle, sondern vor allem ein, wenngleich altertümliches Disziplinierungsinstrument neben der moderneren Einordnung in die Hierarchie des Staates.

Nicht reaktionär also, wohl aber restaurativ waren die Ziele der ehemaligen Reichsritterschaft, insofern es letztlich um ein vorteilhaftes Arrangement mit dem Bestehenden unter bestmöglicher Wahrung hergebrachter Institutionen ging. Mit solchen Plänen forderte der Adel die Opposition vieler „Patrioten“, Intellektueller und Beamten, heraus, die in der kurzen Frist zwischen dem Sturz Napoleons und der Verschärfung der Zensur ihren Widerspruch öffentlich formulieren konnten. Der verbreiteten Ablehnung durch das akademisch gebildete Bürgertum, die sich in Ludens „Nemesis“, in der Münchener „Allemannia“ oder in der rheinischen Adressenbewegung artikulierten, entsprach auf der Gegenseite eine ebenso die einzelstaatlichen Grenzen überschreitende Einmütigkeit politischer Grundsätze. Die Vorstöße eines Grafen Kesselstatt, eines Freiherrn von Hornstein, eines Freiherrn Zobel von Giebelstadt oder eines Grafen Degenfeld in Wien müssen durchaus mit der von den Freiherren Mirbach zu Harff und Wylich getragenen adeligen Verfassungsbewegung im Rheinland und in Westfalen im Zusammenhang gesehen werden. An beiden Kampagnen zugunsten altständischer Restitutionen hatte gerade die Ritterschaft hervorragenden Anteil, und der Freiherr vom Stein steuerte beide nach Kräften, indem er mit den verschiedensten Gruppen in Kontakt stand⁵⁵. Die regionalen Sonderinteressen, die im adeligen Weltbild seit jeher eine wichtige Rolle gespielt hatten, begannen offensichtlich hinter der neuen Erfahrung zurückzutreten, daß die ehemaligen Reichsritter unter so denkbar unterschiedlichen Systemen wie dem napoleonischen Frankreich, dem Preußen der Reformen und den Rheinbundstaaten letztlich vergleichbare Schicksale und Erfahrungen hatten machen müssen. Dies vermittelte ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit und löste weitergehende Vorhaben aus.

Auf der Ebene der Politik hat der Adel somit den ihm abverlangten Wandel schließlich akzeptiert, wobei freilich die Grenzen deutlich gezogen waren: das Neue beschränkte sich weitgehend auf Instrumente und Methoden, während die Ziele nach wie vor an der Vergangenheit orientiert waren und die möglichst uneingeschränkte wirtschaftliche und politische Vormachtstellung des Ersten Standes sichern sollten⁵⁶. Es überrascht daher nicht und ist auch aus anderen Beispielen von Modernisierung bekannt, daß im Bereich der Mentalität gerade als Antwort auf die Umbruchsituation eine betonte Rückwendung zu traditionellen, ja zum Teil gar nicht mehr lebendigen

⁵⁵ Dazu die Hinweise ebda, Bd. 5, bearb. von *Manfred Botzenhart*, (Stuttgart 1964) 47, Anm. 2 zu Nr. 56.

⁵⁶ So auch *Rudolf Vierhaus*, Eigentumsrecht und Mediatisierung. Der Kampf um die Rechte der Reichsritterschaft 1803–1815, in: *Eigentum und Verfassung*, (wie Anm. 33) 256f.

Werten stattfand. Politische Modernität und reaktionäre Ideologie scheinen sich in gewissen Phasen gegenseitig zu bedingen. In diesen Zusammenhang gehört der kurzlebige, aber spektakuläre, im Januar 1815 in Wien veröffentlichte „Plan zu einem allgemeinen Adelsverein durch ganz Deutschland, die Kette genannt“, hinter dem der fürstenbergische Landesforstmeister Reichsfreiherr Joseph von Laßberg stand. Dieser Verein, der erste seiner Art, sollte in Gestalt eines Freundschaftsbundes einer antimodernistischen Adelsreform dienen, indem er die Tugenden des „wahren Edelmanns“ propagierte: es komme nicht auf die Zahl der Vorfahren an, sondern darauf, daß man „fromm gegen Gott, treu und gehorsam gegen Vaterland und Fürsten, mild und gerecht gegen seine Untertanen, bescheiden im Glück, mutig im Unglück und freigebig gegen Arme, ein alle Menschen mit Liebe umfassender Bruder ist“. Weder der moderne souveräne Staat, noch die mittlerweile herrschende Gesellschaftsordnung kamen in diesem Katalog vor, wie denn auch die Zusammenkünfte des Vereins der „festliche[n] Feierung großer deutscher geschichtliche[r] Tage“ und nicht der Besinnung auf die Gegenwart dienen sollten⁵⁷. Die scharfe Kritik der gewissermaßen ausgeblendeten bürgerlichen Intelligenz ließ denn auch nicht lange auf sich warten: die Absicht, „den wahren, altertümlichen, ritterlichen Sinn des deutschen Adels zu erwecken“⁵⁸, nannte Klüber unumwunden eine „Verirrung Einzelner aus der Klasse des niederen Adels“, die „vier Jahrhunderte zu spät kam“⁵⁹.

Klüber tröstete sich mit dem Gedanken, hier sei eine Minderheit am Werk, und die Masse des Adels sei vernünftig genug, diejenigen „Opfer [zu] verschmerzen, welche die Zeitverhältnisse, erweiterte Einsicht und ein höheres allgemeines Interesse auch ihm, besonders dem ehedem reichsunmittelbaren, geboten“⁶⁰. Das war indessen, wie sich sofort nach dem Wiener Kongreß herausstellen sollte, gar nicht das Problem. Die dort vereinbarte Stellung, die der Adel künftig in Staat und Gesellschaft einzunehmen hatte, wurde von den Betroffenen natürlicherweise als äußerstes Zugeständnis empfunden, dem keine weiteren Rechtsminderungen folgen durften. Die Regierungen waren im großen und ganzen wohl zunächst derselben Meinung. Indessen ergaben sich nicht nur, namentlich in Süddeutschland, unerwartete Schwierigkeiten und Dissonanzen, als es um die Verwirklichung der Bundesakte ging. Wesentlich folgenschwerer war nämlich, daß sich die Regelungen insofern als nahezu unpraktikabel herausstellten, als von jetzt an die Adelsbauern doppelt besteuert wurden, so daß – mitten in der schwersten Agrarkrise des Jahrhunderts – nach der Eintreibung der Staatssteuern dem

⁵⁷ Plan zu einem allgemeinen Adelsverein durch ganz Teutschland, die Kette genannt, in: *Klüber, Acten*, Bd. 6, 460, 456. Zum Verfasser siehe *Karl Siegfried Bader*, Zur Charakteristik des Reichsfreiherrn Joseph von Laßberg, in: *Zeitschr. f. württ. Landesgesch.* 4 (1940) 124–140, bes. 128 f.

⁵⁸ *Klüber*, ebda 455.

⁵⁹ Ebda 461 f. In der „Nemesis“ (Bd. 8, 607; 10. 1. 1817) kommentierte ein Unbekannter sarkastisch: „Was aber gebunden oder gefesselt werden soll, versteht sich von selbst ...: Die Bürger und Bauern, ... welche sich, zum allgemeinen Verderben, angemaßt haben, auch etwas zu sein“; zit. *Gustav Mangold*, Die ehemalige Reichsritterschaft und die Adelsgesetzgebung in Baden vom Wiener Kongreß bis zur Erteilung der Verfassung (1815–1818), in: *Zeitschr. f. d. Gesch. d. Ober-rheins* 85 (1932/33) 32, Anm. 1.

⁶⁰ *Klüber*, Übersicht 234.

Grundherrn kaum noch Abgaben gezahlt werden konnten. Die Privilegierten erblickten hierin neuerliche Rechtsschmälerungen und Unterdrückungen und sahen sich „in die Zeit der Französischen Revolution und deren Grundsätze versetzt“⁶¹. Auf zahlreichen Zusammenkünften, von denen die Beispiele in Baden hier stellvertretend herausgegriffen seien, wurden deutliche Protestschreiben aufgesetzt, selbst der Appell an die Öffentlichkeit in Form gezielter Indiskretionen blieb nicht aus; die „Aarauer Zeitung“ berichtete am 18.5.1816 unter der Schlagzeile vom „Aristokratenaufruhr in Süddeutschland“⁶². Auch wenn dies übertrieben war, so bestätigte die Nachricht die alte Wahrheit aufs neue, daß partielle Modernisierung konfliktsteigernd wirkt. Schon zu diesem Zeitpunkt war nämlich klar, daß die Ergebnisse des Wiener Kongresses nicht Endstation, sondern nur Etappenziel sein konnten. Einmal begonnen, hatte sich die Vergesellschaftung des Adels als ein unaufhaltsamer Prozeß erwiesen.

Nur lief dieser Prozeß nicht in allen Teilen Deutschlands in gleicher Form und Geschwindigkeit ab, und nicht überall standen dem Adel dieselben Mittel zu Gebote. So erklärt sich das vielfältige Muster adeligen Verhaltens gegenüber der Modernisierung von Staats- und Wirtschaftsverfassung zu Anfang des 19. Jahrhunderts, das abschließend in aller Kürze vergleichend betrachtet werden soll. Es versteht sich, daß in Mecklenburg, wo der Adel zu keiner Zeit die Kontrolle über das Land verlor, die Modernisierung niemals gegen die Interessen des Ersten Standes ablief und die politische Ordnung nicht berührte⁶³. Der Stiftsadel des ehemaligen Fürstbistums Münster dagegen hatte in seiner bislang völlig unangefochtenen Position weder mentale noch organisatorische Vorkehrungen zur Abwehr konkurrierender Kräfte entwickeln müssen, so daß er, nachdem er ebenso plötzlich wie vollständig seine angestammten Herrschaftsrechte verloren hatte, sich resigniert auf seine Güter zurückzog⁶⁴. Demgegenüber hatte der altpreußische grundbesitzende Adel angesichts der erheblichen Zeitspanne, die der Übergang von der Herrschafts- zur Funktionselite dort einnahm, und wegen der eigentümlichen Mischung von Adelsschutz und auferlegtem Zwang zur Anpassung ein solches Maß an Flexibilität entwickelt, daß er sein Schicksal in allen wesentlichen Fragen selbst bestimmen konnte⁶⁵. Um seine antimodernistischen Ziele zu erreichen, hat er in seiner Mehrheit jedoch, wie es scheint, weniger die modernen Verfassungsinstitutionen angestrebt, um sie ihres eigentlichen Inhaltes zu entkleiden, sondern die modernen politischen Begriffe übernommen und sie mit neuen Inhalten versehen⁶⁶.

In ähnlicher Weise vermochte auch die ehemalige Reichsritterschaft auf Grund ihrer in hohen Staatsämtern gesammelten politischen Erfahrung, ihrer auch nach dem Untergang fortwirkenden korporativen Organisation und ihres in den langen Jahrhunderten der Abwehr geschärften Blickes für Fragen des politisch Möglichen die Heraus-

⁶¹ Denkschrift des Adels aus dem Hegau (12.1.1816), zit. *Mangold*, Reichsritterschaft 59.

⁶² Zit. ebda 73.

⁶³ *Manfred Hamann*, Das staatliche Werden Mecklenburgs, (Köln 1962).

⁶⁴ *Reif*, Westfälischer Adel, bes. der typologisierende Überblick 176 ff.

⁶⁵ Dabei ist allerdings nach Provinzen zu unterscheiden, die bisher jedoch ungleich gut bearbeitet sind. Als Beispiel *Klaus Vetter*, Kurmärkischer Adel und preußische Reformen, (Weimar 1979).

⁶⁶ Beispiele dieser freilich dünnen liberalen Begriffsfirnis bei *Koselleck*, Preußen 189 ff.

forderung, nach einem Augenblick des Schocks, anzunehmen und offensiv zu beantworten. Nur hat die unterschiedliche Adelspolitik der einzelnen deutschen Staaten hier für Nuancierungen gesorgt: in Bayern, wo die Spitzengruppe des einheimischen Adels niemals wirklich von den Anhängern Montgelas' entmachtet werden konnte und die Reformabsichten dementsprechend bremste, war die Opposition der Ritterschaft nach 1808 weniger heftig als etwa in Württemberg oder Baden, wo die Administration entschieden härter durchgriff und mit der Aufhebung der Patrimonialjustiz und anderen Maßnahmen tief in hergebrachte Formen der Herrschaft und des adeligen Selbstverständnisses eingriff. Sogar die Standesherrn, ja in Südwestdeutschland zeitweise gerade sie, versuchten mit Hilfe des modernen Instruments der verfassungsmäßigen Beschränkung monarchischer Befugnisse ihre ständischen Sonderinteressen zu sichern⁶⁷ und gründeten 1815 und 1818 Vereine, um in Nachahmung der ritterschaftlichen Korporationen sich über die Grenzen der deutschen Bundesstaaten hinweg politisch zu verständigen; selbst ein so monarchisch gesinnter Mann wie Fürst Wittgenstein brachte gegenüber Hardenberg drohend das moderne Prinzip der nationalen Einheit als letztem Mittel der Mediatisierten zur Sprache, „um aus diesem Zustand der Unterdrückung herauszukommen“⁶⁸.

Auch wenn in Deutschland das Fehlen eines mächtigen modernen Bürgertums den Adel in Politik und (Land-) Wirtschaft weniger entbehrlich machte als anderswo, so verdankte es dieser doch auch seinem eigenen Handeln, das heißt jener Mischung von Defensive, Anpassungsbereitschaft und Geschick in der Anwendung der ihm verbliebenen Macht, daß er als Stand überlebt hat⁶⁹. Vermutlich hat er überhaupt erst in der Abwehr seine Qualität als ein Gesellschaftsstand entdeckt, der bei allen regionalen Besonderheiten gemeinschaftliche Interessen besitzt, und so zu bisher unbekannten Gemeinsamkeiten gefunden. Das Adelsbild der Romantik mit seiner Betonung des „mittelalterlichen“ Ritterideals spielte dabei dank seiner Popularität eine wohl nicht zu unterschätzende Rolle. Welcher Anteil an diesen Vorgängen der Reichsritterschaft im einzelnen zukommt, ist schwer zu entscheiden; ihr Prestige war jedenfalls nach wie vor hoch. Hingegen offenbarte der Vergleich, daß sie nach 1800 zwar die größten Einbußen von allen Adelsgruppen hinzunehmen hatte, den Abbruch einer mindestens

⁶⁷ In diesem Zusammenhang muß auch der württembergische Kampf ums „alte gute Recht“ verstanden werden, wo sich – um eine moderne, die Kompetenzen der Regierung erweiternde Verfassung zu verhindern – der Adel unter Führung des Grafen Georg von Waldeck mit dem traditionsorientierten Bürgertum verband, das gleichfalls verlorene Privilegien wiederaufzurichten wünschte. Dieser letztere Aspekt, nämlich daß auch dem alten Bürgerstand durch die Beseitigung der Reichsverfassung, der Landstände und der überkommenen Stadtordnungen sowie durch den Untergang der Reichskirche „fast noch mehr als dem Adel“ verlorengegangen ist, war zwar den Zeitgenossen bewußt, ist aber von der Forschung noch kaum untersucht worden; das Zitat entstammt der Erörterung: Über die muthmaßlichen Folgen der jetzigen teutschen Staats-Veränderungen, in: Häberlins Staatsarchiv 9 (1802) 384.

⁶⁸ Brief vom April 1815, zit. in: *Hans Branig*, Fürst Wittgenstein. Ein preußischer Staatsmann der Restaurationszeit, (Köln 1981) 97.

⁶⁹ Vgl. *Rudolf Vierhaus*, Vom aufgeklärten Absolutismus zum monarchischen Konstitutionalismus. Der deutsche Adel im Spannungsfeld von Revolution, Reform und Restauration (1789–1848), in: *Legitimationskrisen des deutschen Adels 1200–1900*, hrsg. v. *Peter Uwe Hohen-dahl* und *Paul Michael Lützel* (Stuttgart 1979) bes. 124.

500jährigen Tradition jedoch erheblich besser überstand als andere. Ihre ursprünglichen Ziele hat sie nicht erreicht. Als Vorteil sollte es sich jedoch erweisen, daß in dem 1814/15 gefundenen politisch-sozialen Kompromiß die Grundherrschaften des Adels sich trotz aller wirtschaftlichen Innovationen als Netz modernisierungsresistenter Kleinräume im Staat erhalten konnten. Ihre Fortexistenz legte dem Adel die Wahrung altertümlicher Standesinteressen überhaupt erst nahe, und zu ihrer Durchsetzung machte er von den modernen Verfassungen in der geschilderten Weise entschiedenen Gebrauch. Bei diesem gegenläufigen Verhalten sollte es bleiben, mindestens solange die feudalen Herrschaftspositionen Geltung besaßen. Noch 1847 lehnte der Präsident der Zweiten Kammer des bayerischen Landtags, Freiherr Hermann von Rotenhan, die Bauernbefreiung rundheraus ab, aber im März 1848 legte er König Ludwig die Hinnahme der parlamentarischen Ministerverantwortlichkeit nahe, um Staat und Dynastie gegen die drohende Revolution zu verteidigen⁷⁰. Im weiteren Sinne prägte diese kalkulierte Pseudomodernität, das Ergebnis der in napoleonischer Zeit gemachten Erfahrungen, die Haltung des Adels jedoch weit über die 48er-Revolution hinaus. Sie wurde zu einem Kennzeichen der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts überhaupt und hat in diesem Sinne namentlich nach 1866 das Verhältnis zwischen traditionellen Eliten und modernem Staat dauerhaft bestimmt.

Diskussion zum Referat von Christof Dipper

Leiter: Volker Press

Die Debatte über die Vergesellschaftung des Adels, namentlich der Reichsritterschaft, wurde doppelperspektivisch unter den Gesichtspunkten Klassifizierung, Begriffsbildung und faktische Realität geführt: Es ging zum einen um die definitorische Abgrenzung des Begriffs Reichsritterschaft (*Etienne François* und – ähnlich formuliert – *Werner Schubert*: „War die Reichsritterschaft eine so homogene Adelsgruppe wie dargestellt?“), um die Kriterien der Interdependenz von Reichsritterschaft und Reichskirche (*Hans Christian Mempel*: „Das Verhältnis von Reichsritterschaft und Reichskirche muß differenzierter gesehen werden.“) sowie um das landständische Element in der Politik des Adels jener Jahrzehnte (*Bernd Wunder*: „Freiherr vom Stein hat in Wien nicht als Reichsritter landständische Ideen vertreten, sondern als Politiker gesprochen!“), und es ging zum anderen um die der Reichsritterschaft verbleibenden Relikte alter Herrenstellung, so vor allem um die Patrimonialgerichtsbarkeit. Man folgte dem Referenten im wesentlichen darin, daß Säkularisation und Mediatisierung zwar zur – wenn auch privilegierten – Untertänigkeit aller Gruppen des Adels geführt, den Reichsadel ebenso wie die Reichsritterschaft aber am empfindlichsten und folgeschwersten getroffen haben.

⁷⁰ *Werner Uhde*, Hermann Freiherr von Rotenhan. Eine politische Biographie, (Münchener Historische Abhandlungen I/3, München 1933) 121, 135.

Kritische Stimmen erhoben sich hingegen in bezug auf die von *Christof Dipper* vortragene These, daß auf eine Beteiligung des Adels bei der Durchführung (vorwiegend lokaler) Verwaltungsaufgaben nicht habe verzichtet werden können. *Wolfgang von Hippel* gab zu bedenken, daß gerade auch in administrativen Bereichen sich die Partikularität des Adels als störend erwiesen habe, sich die Reichsritterschaft auch nur deshalb so lange behaupten konnte, weil sie „im Windschatten der großen Adeligen gesegelt sei“. *Andreas Kraus* forderte Belege dafür, daß die Reichsritterschaft letztendlich den Konstitutionalismus gefördert habe. Im Reichsrat jedenfalls sei sie bei der Behandlung großer Themen kaum in Erscheinung getreten, in den Landtagen habe sie sich vorwiegend um lokale Belange gekümmert. *Hans Körner* wandte ein, daß die Frage der Patrimonialgerichtsbarkeit hauptsächlich anhand rheinischer Verhältnisse behandelt worden sei, eine Ausweitung des Untersuchungsfeldes auf den fränkischen und bayerischen Bereich aber zu einem facettenreicheren Bild führe. Die im Referat angeklungene Bewertung der Patrimonialgerichtsbarkeit als einer durchweg positiven Sache für den Adel relativiere sich, wenn man berücksichtige, daß bisweilen der Adel selbst – so Heinrich von der Tann 1831 – für eine Auflösung der ihm zustehenden Jurisdiktionsbefugnisse eingetreten sei. Die gleiche Ansicht vertraten *Werner Blessing*, der ebenfalls auf die freiwillige Aufgabe von Patrimonialgerichten hinwies, wie auch *Walter Demel*, der bei einer Kosten-Nutzen-Analyse allerdings drei Faktoren: 1. die Zahl der Grundholden, 2. die Richtergehälter und 3. die gesetzmäßigen Taxen und Sporteln berücksichtigt haben wollte. *Elisabeth Fehrenbach* widersprach dezidiert der Annahme, daß der Staat durch die Auflösung der Patrimonialgerichtsbarkeit überfordert worden wäre und unterstrich – in Ergänzung zu den Ausführungen *Demels* – daß bei der Auflistung von Gewinn und Verlust differenziert werden müsse. Für den Adel sei, durch das Anwachsen des Gerichtspersonals, die Patrimonialgerichtsbarkeit zu teuer und damit unrentabel geworden. Die Mediatisierung habe sich, so gesehen, als Geschäft für den Adel erwiesen.

Christof Dipper räumte in seinen abschließenden Bemerkungen ein, daß die Frage des letztendlichen Vorteils, den Reichsritterschaft bzw. Staat aus der Existenz von Patrimonialgerichten zogen, neu überdacht werden müsse, bei Heranziehung von Quellenmaterial aus weiteren deutschen Territorien sicher auch zu einem modifizierteren Bild führe. An *François, Schubert* und *Mempel* gewandt erläuterte der Referent das Problem der Reichsritterschaft als vergleichsweise einheitlicher Adelsgruppe noch einmal in prinzipieller Fragestellung. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Reichsritterschaft – ganz im Gegensatz zum niederen und auch zum Hochadel – die Gepflogenheiten des traditionellen Connubiums gewahrt und sich schon aus diesem Grund ihre relative Homogenität gesichert habe. Was das Verhältnis von Reichsritterschaft und Kirche betraf, so zitierte *Dipper* zur argumentativen Absicherung seiner Position das im Vortrag nur zum Teil dargelegte Zahlenmaterial: Diesem zufolge hielten im Stichjahr 1794 81 reichsritterschaftliche Familien 37% der Bischofssitze, 42% der 531 Domherrenpfünden und 55% der Landkomture in den 8 katholischen Balleien des Deutschen Ordens. Die Anregungen, die aus den Diskussionsbeiträgen von *Kraus*, *Körner* und *Blessing* erwachsen waren, nahm der Referent dankend zur Kenntnis.